

Es gibt nichts Wichtigeres als engagierte Mütter für eine Gesellschaft

Die rot-grünen Pläne zur Umgestaltung unserer Gesellschaft floppen auch in der Familienpolitik. Das ist eine gute Nachricht.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) hat heute bedauernd festgestellt, dass eine Auswertung der beantragten Elternzeit in Deutschland zwischen 2009 und 2019 ergeben hat, dass Mütter „immer noch den Großteil der Kinderbetreuung“ leisten. «Über die ersten Lebensmonate des Kindes hinaus seien seit Einführung des Elterngeldes kaum weitere Fortschritte bei der Aufteilung der Familienarbeit zu erkennen», wird Mathias Huebener vom BIB zitiert.

Ooooh, ist das schlimm, oder?

Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin seit 31 Jahren leidenschaftlich gern Vater, ich vergöttere meine Kinder, und ich habe Tausende Windeln gewechselt, obwohl ich es gehasst habe. Aber das gehört halt dazu, wie das Pflaster aufs aufgeschlagene Knie kleben, den Kinderwagen schieben durch den Ort, Teletubbies und Tigerentenclub mit den Kids gucken und vermitteln, dass Beten etwas sehr Wertvolles ist.

Wahrscheinlich halten Sie mich jetzt für konservativ

Aber ich bin zutiefst überzeugt, dass die ersten zwei, drei Jahre des Kleinkindes unbedingt die vorrangige Sache der Mutter sein müssen. Weil das das Beste für das Kind ist, nicht weil Männer zu faul sind. Die Nähe zur Mutter, die das Kind im Bauch herumgetragen hat, die Geburt, das Stillen – das ist Sache der Frauen. Die ersten Schritte ins Leben auch.

Naturgesetzlich haben Frauen und Männer unterschiedliche Aufgaben im Leben, also grundsätzlich, nicht zuerst die Mitgliedchaft in einem Aufsichtsrat. Ich kenne Frauen, die haben gute Jobs aufgegeben, als sie schwanger wurden. Weil es nichts Wichtigeres gibt, als das Wohl des eigenen Kindes. Und diese Frauen wurden nicht dazu gezwungen, sie waren bis auf wenige Ausnahmen nicht unglücklich damit, sondern sie haben es geliebt. Es gibt auch Frauen, die verzichten anschließend auf ihre Männer, weil sie sich mit ihren Kindern selbst genügen. Das finde ich nicht gut.

Und nun kommt die Femi-Blase und will uns vorschreiben, wie wir unser Leben als Familie organisieren.

Gut, dass die Umerziehungsversuche nicht fruchten

Nur zehn Prozent der Männer in Deutschland haben Elterngeld beantragt, oft nehmen sie nur drei oder vier Monate Elternzeit. Weil die Familien für sich selbst entscheiden, wie sie die Aufgabenteilung haben wollen. Und da wollen die meisten Frauen eben in den ersten Monaten, den ersten zwei, drei Jahren ganz für ihre Kinder da sein.

Das Elterngeld gibt es seit 15 Jahren, eine Einkommensersatzleistung in Höhe von etwa 67 Prozent des vorgeburtlichen Einkommens. Es beträgt mindestens 300 Euro und höchstens 1800 Euro im Monat und wird dem betreuenden Elternteil für bis zu zwölf Monate nach der Geburt des Kindes gezahlt. Über das Elterngeld hinaus haben beide Elternteile Anspruch auf insgesamt drei Jahre Elternzeit, die dann allerdings nicht bezahlt wird.

Noch einmal: Jede Familie soll selbst entscheiden, wie sie die Erziehung der Kinder regeln. Und es sollte wieder ein Betreuungsgeld geben oder ein Gehalt für Mütter wie in anderen Ländern oder wie in Frankreich massive Steuererleichterungen. Es geht Rote und Grüne einen Sch...an, wie wir unsere Familien organisieren. Frauen, die in der Aufsichtsrat wollen oder einen Job machen müssen, um finanziell über die Runden zu kommen, die können das tun – freies Land und so.

Es gibt einen Anspruch auf einen Kita-Platz für jedes Kind in Deutschland. Wer das will – niemand hat das Recht, ihnen das zu verwehren. Aber Mütter zu schmähen oder – wie einst eine kinderlose Bundeskanzlerin das formulierte – selbsterziehende Mütter vor Fernsehkameras wörtlich als „vergeudetes Potential“ bezeichnete, das dürfen wir nicht zulassen. Mütter sind das beste Potential, was es gibt in unserem Land.

Haben Sie in der Adventszeit schon etwas für unabhängigen Journalismus gespendet? PayPal @KelleKlaus oder DE18 1005 0000 6015 8528 18. Wir können jeden Euro gut gebrauchen...

Betreuungsgeld: Tiger oder Miezekatze, liebe Union?

Die Bundesrepublik Deutschland zahlt (Stand 1. Quartal dieses Jahres) Betreuungsgeld für 455.321 Kinder. 150 mickrige Euro im Monat für die großartige Leistung von Familien, die ihre Kinder zumindest ein bis zwei Jahre zu Hause erziehen. Ein Tropfen auf den heißen Stein, aber Geld, dass Eltern dennoch gut gebrauchen können, um ihren Kindern Freizeitangebote oder auch eine flexible Betreuung, zum Beispiel durch Tagesmütter, organisieren zu können. Heute hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das vom Bund notwendigerweise eingeführte Betreuungsgeld gegen das Grundgesetz verstößt. Einstimmig! Hier wird nicht etwa festgestellt, dass der Staat Eltern in ihrer Erziehungsarbeit nicht unterstützt darf, sondern dass der Bund nicht dafür zuständig ist. Doch so werden sie es nicht kommunizieren, die Damen und Herren von den linksgrünen Parteien. Sie werden die Sektkorken knallen lassen, um das einzige Großprojekt, dass die CSU in der vergangenen Legislaturperiode durchgeboxt hat, endgültig zu beerdigen. SPD-Generalin Fahimi hat heute schon den Ton dazu vorgegeben.

Wollen die Bürgerlichen nicht wieder die Volldeppen sein, müssen sie jetzt unverzüglich handeln. In den paar Bundesländern, in denen die Union noch regiert, muss unverzüglich ein Gesetzgebungsprozess eingeleitet werden, das Betreuungsgeld als Landesleistung einzuführen. Und es gibt noch eine Möglichkeit: Man kann das Betreuungsgeld auch auf kommunaler Ebene einführen. Und CDU/CSU sind in Deutschland die führende Partei in vielen Städten und Gemeinden. Nun könnt Ihr zeigen, ob Ihr noch fähig zum politischen Kampf seid oder nicht. Tiger oder Miezekatze? Im Übrigen hoffe ich, dass zumindest die Eltern der o. g. 455.321 Kinder bei den nächsten Wahlen daran denken, wem sie zu verdanken haben, dass ihnen nun eine wichtige Leistung weggenommen wird. Wahltag ist Zahltag – man muss es nur konsequent durchziehen.